

Die GBW-Sommerakademie 2009

„Platz für Alle?! Demokratie, Gerechtigkeit und Globalisierung“ – Versuch eines inhaltlichen und politischen Resumées

Kurt Mayer, Stellvertreter der Obfrau, Grüne Bildungswerkstatt Bund

Sowohl Vorträge als auch Tisch- und Zwischengespräche auf der SAK 2009 bestätigten eines rasch: Es ist nicht nur das Finanzsystem in der Krise, und die Krise geht auch über das Wirtschaftssystem hinaus. Es handelt sich viel grundlegender um eine Krise des demokratischen politischen Systems, also jener liberalen Demokratie, die vor rund zweihundert Jahren im Zuge der französischen Revolution in der westlichen Welt entstanden ist.

Die repräsentative Demokratie mit ihrem Fokus auf Wahlen – so die Quintessenz der Kritik – wird vor dem Hintergrund von Globalisierung und Ökonomisierung zunehmend von den Prinzipien, welche im 18. Jahrhundert ihre Entstehung ermöglicht hatten, nämlich Freiheit, Gleichheit und Solidarität, abgekoppelt. Unsere demokratischen Systeme sind daher für viele Menschen in vielen gesellschaftlichen Bereichen auch nicht mehr in der Lage Gerechtigkeit umzusetzen und 'Platz für Alle' zu bieten.

Cornelia Klinger verwies in ihrem Eröffnungsvortrag auf die Relevanz der drei Grundprinzipien der Revolution und ihrer Bedeutung für das Themenfeld Gerechtigkeit. Dabei sprach sie auch gleich einen politisch sehr wichtigen Punkt an: Diese drei Prinzipien mögen zwar im Zuge der politischen und ökonomischen Entwicklungen (Stichwort Neoliberalismus, Postdemokratie) der letzten 30 Jahre ein Stück weit zugedeckt und im politischen Alltag kaum mehr auffindbar sein. Nichts desto trotz bilden diese drei Prinzipien dennoch so etwas wie den ideologischen Grundzement moderner Gesellschaften. Als solche sind sie auch ein fest etablierter Anker, der - trotz allen Rüttelns nationalistischer und autoritärer Bewegungen - ein Zurückgehen in die Vormoderne unmöglich macht.

Politisch gehe es darum, an diesen drei Prinzipien anzuknüpfen, sie zu reaktivieren, sich auf sie zu berufen und damit die modernen Mechanismen von Staat, Kapitalismus und Technologie zu fordern.

Diese durchaus positive Botschaft bereits zu Beginn verwies darauf, dass politische Gestaltung auch in Zeiten von Globalisierung und Komplexität möglich ist.

DER GRUNDTENOR DER SAK: ES GEHT UM POLITISCHE MOBILISIERUNG

Darin manifestierte sich auch das, was als Grundtenor dieser Sommerakademie, quasi als Quintessenz, übrig blieb: Ja, gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise wird auch die grundlegendere Krise von Demokratie und Gerechtigkeit sichtbar. Und insofern ist es unsere Aufgabe als Grüne nicht an der Oberfläche einer technisch-

instrumentellen Kritik am Wirtschaftssystem und der Einforderung kurzfristiger Maßnahmen (wie z.B. akute Konjunkturpakete) hängen zu bleiben, sondern die Chance zu nutzen, um - gemeinsam mit kritischen Kräften der Zivilbevölkerung und NGOs - Politisierung und Druck zu erhöhen, die traditionellen Akteure und Institutionen herauszufordern und unter Zugzwang zu bringen.

Wir haben gemeinsam mit den NGOs eine gute und profunde Analyse der politischen und ökonomischen Wirkungszusammenhänge, wir haben zu einem guten Teil auch die Konzepte und wissen um die Prozesse und Maßnahmen, wie Gesellschaftsveränderung im grünen Sinn so umzusetzen ist, dass in dieser Gesellschaft wieder Platz für Alle ist.

Woran es allerdings mangelt, ist eine massenwirksame politische Mobilisierung, die in der Lage ist Kraft zu entfalten und Druck zu entwickeln. Eine Mobilisierung, die Menschen dazu bewegt, nicht nur mit uns ein Stück des Weges zu gehen, sondern diesen Weg auch gemeinsam mit uns zu gestalten.

WIE KANN POLITISCHE MOBILISIERUNG GELINGEN?

Mobilisierung braucht Emotion, daher Empörung, einen wirklichen 'need for action', für den es sich zu kämpfen lohnt.

Es gibt genügend Fakten, die aufrütteln, auf der SAK wurden sie vielfach genannt: 82% der Deutschen glauben - so der Befund einer 2007 veröffentlichten Studie - dass trotz Wahlen das Volk politisch nichts zu sagen hat.

Ein Fünftel der österreichischen Bevölkerung kann sich sehr oder ziemlich gut vorstellen, "*einen starken Führer zu haben, der sich nicht um ein Parlament und um Wahlen kümmern muss*" und 40 Prozent meinen: "*Das Wichtigste, was Kinder lernen müssen, ist Gehorsam.*" (Wertestudie 2009).

Wir müssen uns erlauben, diese Empörung selbst zu spüren und auch nach Außen zu tragen, uns nicht gebetsmühlenartig auf die Fakten berufen, sondern den Skandal laut und deutlich beim Namen zu nennen.

Empörung ruft der Umgang der Regierung(en) mit dieser Wirtschaftskrise hervor: an den Regeln des Systems wurde bislang so gut wie nichts geändert, das Zocken an den Finanzmärkten geht munter weiter. Jene Banken, die großzügig Staatshilfen in Anspruch genommen haben, schreiben plötzlich wieder furiose Gewinne!

Gleichermaßen wie Empörung braucht politische Mobilisierung auch eine Vision, im Sinne eines machbaren und positiven Entwurfs der Zukunft, der es Wert ist, dass man dafür kämpft, der Lust und Spaß vermittelt politisch aktiv zu sein. Derzeit sind wir Grüne entweder betont sachlich konkret und geben uns viel Mühe, unsere Ideen und Vorschläge bis ins kleinste legislative Detail auszuarbeiten, oder aber unsere utopischen Bilder sind so weit entfernt, dass sie nicht ganz zu Unrecht als Friede-Freude-Eierkuchen-Träumereien abgetan werden. An dieser konkreten Utopie, die uns selbst und auch anderen Energie gibt, dafür zu kämpfen, müssen wir noch arbeiten.

Mobilisierung braucht identifizierte GegnerInnen - an und für sich kein Problem, denn Gegner gibt es, ausreichend und mächtig.

Doch das Gesamtsystem hat eine Tendenz zu suggerieren, dass eben alles so komplex und miteinander verwoben sei, dass man daher nicht so klar sagen könne, wer letztendlich verantwortlich ist ... und dass man eigentlich nichts tun könne, es liege doch an den Individuen, die sich ändern müssten bzw. ja nur ihr Konsumverhalten zu ändern bräuchten.

Das bedeutet die Kapitulation für die Politik, für jede Art des Anspruchs auf Gestaltung des gesellschaftlichen Bereichs. Wenn aber klar ist gegen wen man kämpft, und wen man unter Druck setzen muss, um politische Zugeständnisse, politische Veränderung zu erreichen, dann gibt es auch Motivation.

In den verschiedenen Workshops, Arbeitsgruppen und Tischgesprächen der SAK wurde immer wieder die Schlussfolgerung gezogen und unterstrichen, dass wir Ernst nehmen und damit arbeiten müssen, dass es in der Politik um Interessen und um Machtfragen geht - und dass daher eine politische Lösung, die für Vermögensbesitzer gut ist, eben nicht unbedingt für MindestrentnerInnen gut ist; und vice versa.

Es ist unsere prioritäre Aufgabe, jene Interessen, die unseren Politikzielen entgegenstehen, zu identifizieren und zu benennen – in einem Workshop wurde gesagt: „Der Teufel hat einen Namen und eine Telefonnummer“ – und Koalitionen zu bilden, um sie für unsere politischen Anliegen unter Druck setzen zu können. Nur wenn wir klar identifizieren, wer unsere GegnerInnen sind und wer unsere Verbündeten, können wir diesen Druck erzeugen, der zu einer Gesellschaftsveränderung führt.

ALLIANZEN ZWISCHEN GRÜNEN UND BÜNDNISPARTNERINNEN AUS DER ZIVILGESELLSCHAFT UND DIE ROLLE DER GBW

Die Sommerakademie war im Sinne der politischen Mobilisierung insofern ein erfolgreicher Beginn, als die Kooperation mit unseren vier Partnerorganisationen aus dem NGO-Bereich - Attac, Südwind, KriSo (Arbeitskreis kritische soziale Arbeit) und der Friedensakademie Schlaining – sowie die gemeinsame Vorbereitung der Sommerakademie ein erster Schritt zu jener Vernetzung war, die für eine breite politische Mobilisierung notwendig ist.

Die Herausforderung ist nun, diese Kooperation auf eine zukunftsfähige Basis zu stellen, die politische Wirkungsmacht entfalten kann.

Dies bringt auch Fragen der Arbeitsteilung zwischen den NGOs, der GBW und den Grünen als politischer Partei auf den Plan. Gedankensplitter dieser Debatten lassen dabei folgendes Bild entstehen:

Die NGOs haben den Lead, wenn es um Kampagnen in der Zivilgesellschaft geht. Das ist ihr ureigenstes Metier.

Den Grünen kommt die Aufgabe zu, sich in einen lebendigen Austausch mit den NGOs zu begeben und davon ausgehend die in den zivilgesellschaftlichen Kampagnen verhandelten relevanten Themen in das institutionelle und parlamentarische politische System zu bringen und in die Medien zu spielen. Darüber hinaus können und sollen die Grünen die Kampagnen der NGOs ideell und materiell unterstützen, sodass Ressourcen gebündelt werden und Kraft entsteht.

Die GBW kann in diesem Doppelpassspiel Räume des Austausches und der Reflexion zur Verfügung stellen und immer wieder eine koordinierende Rolle übernehmen, damit Initiativen der NGOs einerseits und die Politik der Grünen andererseits möglichst abgestimmt erfolgen (so weit das eben möglich ist, wenn man berücksichtigt, dass die Logiken des politischen und des zivilgesellschaftlichen Feldes eben unterschiedliche sind) - und nachhaltig Politisierung und Wirkungsmacht entfalten.

Wenn politisch etwas bewegt werden soll, sind solche Allianzen notwendig, wie auch Colin Crouch in seinem Buch über die Postdemokratie feststellt, das auf der SAK des öfteren zitiert wurde. Die Erfahrung zeigt, dass Parteien, die nicht von unabhängigen Initiativen angespornt werden und den Kontakt zu sozialen Bewegungen verlieren, zunehmend der Welt der Unternehmenslobbys verhaftet sind.

Wie auch umgekehrt Initiativen, die völlig losgelöst von Parteien für ihre Anliegen kämpfen, damit rechnen müssen, dass die Lobbyisten der großen Unternehmen sie mühelos in den Schatten stellen.

ÖFFENTLICHE DIENSTLEISTUNGEN ALS STRATEGISCHES KOOPERATIONSFELD?

Als thematisches Feld, auf welchem ein Kooperation und Abstimmung zwischen NGOs und Grünen unmittelbar Sinn machen würde, bieten sich die öffentlichen Dienstleistungen an.

Erstens gibt es hier mit dem Kampf gegen das GATS und die Dienstleistungsrichtlinie schon eine gemeinsame Tradition des Widerstands und auch der öffentlichen Mobilisierung.

Zweitens werden öffentliche Dienstleistungen, sowohl wenn es um Demokratie geht, als auch wenn es um Gerechtigkeit geht, zur politischen Schlüsselfrage.

Und drittens sind öffentliche Dienstleistungen in den Alltagserfahrungen praktisch aller Menschen unmittelbar präsent und bieten Anknüpfungspunkte für wirkungsmächtige Bilder:

Wer hat nicht schon die Erfahrung gemacht, um einen Kinderkrippenplatz für sein einjähriges Kind bangen oder sogar – demütig - bitten zu müssen? Wer möchte sein Kind einem Betreuungssystem übergeben, wo die Betreuungspersonen mit 1.200 Euro brutto im Monat auskommen müssen und gleichzeitig unterbesetzt sind? Wer ist schon dafür, dass ein Spital organisiert wird wie eine Investmentbank oder dass das gesamte Bildungswesen, der Prozess der Produktion von Wissen nur noch darauf hin ausgerichtet werden, dass im internationalen Wettbewerb Geschäfte gemacht werden können?

Insgesamt dürfte es dieser SAK mit den oben genannten Ausrichtungen jedenfalls gelungen sein, zumindest ein Stück weit den Weg einer echten Alternative zur Bewältigung der angerissenen gesellschaftlichen Herausforderungen zu zeichnen - und auch zu verdeutlichen, was für uns zu tun ist, um den politischen und ökonomischen Raum so zu gestalten, dass er wieder Platz für Alle bietet.

In diesem Sinn: Ein Aufbruch....